

Ausbilden statt Abschieben Serhat zurück nach Marburg!

Am Montag, dem 3. Juni, wurde Serhat Ürküp in seiner Wohnung verhaftet und noch am gleichen Tag in die Türkei abgeschoben. Vor zwei Jahren ist er im Alter von 17 Jahren nach Deutschland geflüchtet. Er hatte zwar kein Visum für die Einreise, aber gute Gründe.

- Als Kurde hatte er Angst vor lebenslanger Diskriminierung.
- Schon als Dreizehnjähriger musste er die Schule abbrechen und auf dem Bau und in der Landwirtschaft Geld für den Lebensunterhalt der Familie verdienen.
- Er hatte davon gehört, dass in Deutschland Fachkräfte fehlen und wollte sich hier eine Zukunft als Handwerker aufbauen.

Für seine Ziele hat er hart gearbeitet:

- An den Kaufmännischen Schulen Marburg hat er zwei Jahre lang erfolgreich eine Integrationsklasse besucht.
- Vor kurzem hat er das Deutsche Sprachdiplom bestanden.
- In zwei Praktika konnte er den Chef einer Marburger Maler- und Lackierfirma von seinen handwerklichen Fähigkeiten überzeugen. Schon im Jahr 2023 und jetzt wieder hätte er dort einen Ausbildungsplatz bekommen. Aber die Ausländerbehörde hat ihm keine Arbeitserlaubnis für die Berufsausbildung erteilt. Die Firma hat bis heute keinen Ersatz für ihn gefunden.

Wir können nicht verstehen, warum für die hessischen Behörden Abschiebung wichtiger war als die Ausbildung eines jungen Facharbeiters. Diese Fehlentscheidung muss rückgängig gemacht werden. Serhat gehört zu uns nach Marburg. Er braucht unsere Solidarität. Am Donnerstag, dem 20. Juni, wollen wir sie ihm beweisen.

**Ausbilden statt Abschieben
Serhat zurück nach Marburg!**
**Kundgebung am Donnerstag, dem 20. Juni, 13:00 Uhr
vor den Kaufmännischen Schulen Marburg, Leopold-Lucas-Straße 19**

Wer am Donnerstag keine Zeit hat, kann trotzdem seine Solidarität ausdrücken. Schickt ein Mail an den Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (caf@email.de) mit Eurem Namen und auch dem Eurer Organisation. Ihr könnt folgenden Text verwenden:

„Ausbilden statt Abschieben – Serhat zurück nach Marburg!“

Wir sorgen dafür, dass Serhat über alle Solidaritätserklärungen informiert wird.